Michael Winkler
Förstereistraße 13a
01099 Dresden

@ *michael_winkler@gmx.net*
☎ *0351 - 8107099*

CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Dresden, 15.07.2009

Bewerbung als Berater in Sachen „Übergang in Grundeinkommens-Gesellschaft“

Sehr geehrte Damen und Herren, liebes Mitglied der CDU-Fraktion,

ich möchte mich mit diesem Schreiben bei Ihnen für eine momentan noch nicht existierende Stelle bewerben, die ihre parlamentarische Arbeit in unabhängiger, parteiübergreifender und gesellschaftlich-nachhaltiger Weise bereichern kann. Die Intention erfordert – dem Thema und den aktuellen Umständen entsprechend – einige einleitende Worte, deren Kenntnisnahme möglicherweise hilfreich ist.

Rund fünf Jahre nach den sog. Hartz-IV-Demonstrationen im Sommer und Herbst 2004 sowie reichlich 4 ½ Jahre nach Einführung der „Hartz-IV-Gesetze“, eine Bezeichnung für Vorschläge der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, ist absehbar, dass sich die Arbeitsmarktlage nicht nachhaltig entspannen wird – weder aus einer Selbstheilung des Arbeitsmarktes heraus noch mit Hilfe o.g. Gesetze.

Die Gründe dafür sind vielfältig und keineswegs neu, sondern genau dieselben wie jene, die zur Einführung der Hartz-IV-Gesetze selbst geführt hatten. Im Allgemeinen könnte man Stichworte wie „technische Rationalisierung“, „Steigerung der Produktivität“, „Zusammenwachsen der globalen Märkte“ sowie insbesondere die Einflüsse des IT-Zeitalters als einige der Hauptgründe anführen, um einen Prozess zu beschreiben, der letztlich zu dem führt, was die Menschheit seit Beginn ihrer Existenz anstrebte: effiziente Wege zur Vereinfachung ihres Daseins, mit dem Ziel aus dem Überleben endlich ein Leben machen zu können.

Während jedoch einerseits Teile der Wirtschaft immer noch mit den Problemen der Überproduktion zu kämpfen haben, hat das politische System ein Zeitproblem. Mit einfacheren Worten: so schnell wie die Märkte mitunter reagieren, können politische Entscheidungsprozesse gar nicht – nachhaltig überdacht – reifen. Kurzschlussreaktionen, Aktionismus und langfristige Fehlentscheidungen sind nicht selten die Folgen. Ganz abgesehen davon, dass diverse Wirtschaftsverbände nicht nur über Lobbyverbände die Politik bestimmen (in Brüssel gibt es auf EU-Ebene bereits mehr Lobbyisten als Politiker vor Ort), sitzen an einigen Stellen der Politik bereits die Vertreter der Wirtschaft selbst, schreiben Reden und arbeiten Gesetzesvorlangen aus. Es liegt in der Natur der Sache, dass eine materialistische Wirtschaftswelt primär in Quantitäten zählt und Qualitäten erst im Nachgang wirklich eingeschätzt werden können. Insofern ist eine „Freisetzung“ von Arbeitskräften auch kurzfristig völlig nachvollziehbar. Ob dies nun gut oder schlecht ist, sei an dieser Stelle nicht die Frage.

Die Politik kann diesem Problem nur durch neue Regelungen zur Kosmetik der Arbeitslosenstatistik beikommen und tut dies seit mehreren Jahrzehnten. Auch hier liegt mir jegliche Wertung fern … es ist seit Jahren gang und gäbe. Insbesondere in Deutschland, da hier die Arbeitslosenquote als Nr.-1-Parameter für den Erfolg bei Bundestagswahlen fungiert. In den USA schaut man eher auf die Entwicklung des Brutto-Inlandsprodukts. Aus der Kapitalismusgeschichte und den jeweiligen Unterschieden der Systeme (anglo-sächsischer/rheinischer Kapitalismus) ist beides nachvollziehbar. Die letztlich sozialen Probleme treten weltweit auf, nur in unterschiedlicher Ausprägung.

Seit Ende des Jahres 2008 ist jedoch auch in den Köpfen der Bevölkerung endgültig angekommen, dass eine weltweite Krise nun mal keine zweiwöchige Krankheit ist, sondern eine wahrscheinlich chronische Angelegenheit. Während das Jahr 2009 sehr gut durch Rettungspakete aller Art, primär für den Bankensektor und die Automobilindustrie (Stichwort: „Abwrackprämie“) geprägt war, wird nach dem 27. September 2009, dem Datum der Bundestagswahl, vermutlich ein anderer Wind durch Deutschland wehen. Die BT-Wahlen sind dann Vergangenheit, der alte Bismarck-Spruch „Es wird niemals so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd.“ wird wohl wieder einmal – wie all die Jahre zuvor – seine Wahrheit zeitigen und es ist nicht sehr unwahrscheinlich, dass es im Laufe des Jahres 2010 zu einem Anstieg der (realen) Arbeitslosigkeit kommen wird. Ansatzweise ging kürzlich darauf auch Friedrich Thelen im Politischen Feuilleton des DR Kultur mit dem Titel „Nach der Krise“[1] (13.07.2009) ein.

Neu bei all dem dürfte jedoch sein, dass nun erheblich mehr Menschen mit Hartz IV direkt oder indirekt in Berührung kommen, als die Jahre zuvor. Zudem wurde offenbar bisher übersehen, dass sowohl sog. Arbeitslose als auch Angestellte der Arbeitsagenturen und insbesondere jene der ARGEn einem erhöhten psychischen Druck ausgesetzt sind und sein werden.

Da psychische Erkrankungen häufig von den Betroffenen unterdrückt statt aufgearbeitet werden, ist es nicht unwahrscheinlich, dass diese irgendwann stärker zum Vorschein kommen werden. Neben unverhältnismäßigen Entscheidungen werden vor allen Dingen Fehleinschätzungen in Einzelfällen verstärkt auftreten. Dies ist zum Großteil schon seit geraumer Zeit so, was auch die Anzahl der Widersprüche, die bei den ARGEn Dresden und Leipzig im Jahr 2007 in Bearbeitung waren (DD: 13.001, L: 17.082), zeigt. Die Zahl der ALG-Empfänger beträgt im Übrigen in Dresden um die 60.000, davon etwas unter 27.000 Arbeitslose. Die Bearbeitungszeit für Widersprüche stieg Anfang 2009 in Dresden von durchschnittlich drei auf acht Monate. Jedes freiwirtschaftliche Unternehmen wäre bei einem Zehntel der Widersprüche, im Verhältnis zur Zahl seiner Kunden, innerhalb eines Jahres wahrscheinlich „wirtschaftlich tot“.

Hinzu kommen die unzureichende Kenntnis von neuen oder veränderten Verordnungen seitens der ARGE-MitarbeiterInnen, die fehlende Vernetzung untereinander sowie der reine „menschliche“ Selbsterhaltungstrieb, was den eigenen Arbeitsplatz anbetrifft. In 95% wird – aus Angst, den eigenen Arbeitsplatz zu verlieren – immer zu Ungunsten der ALG-Empfänger entschieden. Die Folge sind weitere Widersprüche und eine Vertiefung der Frustspirale auf beiden Seiten.

Das alles wird begünstigt durch den Fakt, dass wohl nirgends in der Gesellschaft, die gegenseitige finanzielle Abhängigkeit von Menschen derart augenscheinlich wird. Mit anderen Worten: ohne Arbeitslose keine ARGE-Angestellten; zwei Pole sich quasi ständig gegenübersitzend. Persönliche Erfahrungen sowie Berichte aus dem Freundes- und Bekanntenkreis (darunter auch ARGE-Angestellte) haben mir gezeigt, dass es hier nicht selten zu latent schizophrenen Ausprägungen auf beiden Seiten kommt, wenn dem enormen psychischen Druck nicht standgehalten werden kann.

Es ist seit Jahren kein Geheimnis, dass die ohnehin überlasteten ARGEn von ihrer eigentlichen Aufgabe – Vermittlung von Arbeitsplätzen oder zumindest Unterstützung der Arbeitslosen – seit Jah-

[1] Quelle: www.dradio.de/dkultur/sendungen/politischesfeuilleton/997136/

ren soweit entfernt sind wie Börsen-Notierungen ein Abbild der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Unternehmens geben können. Nach der Banken- und Finanzkrise Ende 2008 und der anschließend langsam einsetzenden wirtschaftlichen Krise im Jahr 2009 wird ab 2010 die soziale Krise folgen. Neben einer PR-technischen Überdeckung der Auswirkungen der sozialen Krise, die eigentlich nur eine Frage der Zeit ist, wird man seitens der Regierung wohl nicht umhin kommen, die Chancen dieser Krise zu nutzen.

In diesem Zusammenhang möchte ich nun nach längerer Einleitung zum eigentlichen Punkt meiner Bewerbung kommen. Letztlich ist eine friedliche Lösung nur über ein bedingungsloses Grundeinkommen möglich, alles andere wurde schon versucht – mehr oder minder erfolgreich. Natürlich stünde alternativ auch die Option „soziale Unruhen und nachfolgende staatliche Ordnungsmaßnahmen“ auf der Agenda der Möglichkeiten. Allerdings dürfte ein Blick in die deutsche Geschichte erahnen lassen, welche Folgen dies haben kann.

Insofern möchte ich mich bei Ihrer Fraktion als unabhängiger, parteiübergreifender Berater in Sachen „Grundeinkommen“ bewerben, wobei ich dies als sachsenweite Angelegenheit verstanden wissen möchte. Im Sinne eines sächsischen Pilotprojektes könnte dies eine Vorbildfunktion für Deutschland und Europa haben. Globale Vorbilder (u.a. Brasilien) existieren bereits, wenn auch auf weitaus geringerem Niveau. Ich halte diesbezüglich die Hartz-IV-Gesetze bzw. den ALG-II-Satz (plus Miete) als finanziellen Ausgangspunkt für sinnvoll. Die notwendigen Voraussetzungen bestehen bereits.

Weiteres würde ich gern in einem persönlichen Gespräch erörtern und klären, ebenso Detailfragen wie Vergütung und Arbeitszeit. Da ich selbst momentan auf ALG II lebe, sind keine allzu großen zusätzlichen finanziellen Mittel notwendig, lediglich der politische Wille. Und wie heißt es so schön „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.“

Einige Anregungen zum Thema können Sie gern dem beigelegten Essay „Meine Ehe mit Petra Hartz … Auf dem Weg zum Bedingungslosen Grundeinkommen“ entnehmen. Details zu meiner Person finden Sie im ebenso beigelegten Lebenslauf.

Ich möchte mich im Voraus für Ihre Aufmerksamkeit bedanken und würde mich über eine Rückantwort sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Winkler